



*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*Nachdem die Plakate vor zwei Wochen den Straßenwahlkampf eingeläutet haben, geht es ab diesem Wochenende mit unseren Wahlkampfständen, Hausverteilungen und vielen anderen Aktionen richtig los. Was genau wir planen und wo ihr mithelfen könnt, findet ihr in dieser Ausgabe.*

*Seid dabei! Es gibt viel zu tun.*

*Sebastian*

**Wir planen folgende Stände im Wahlkampf**

**Drei Stände jeweils samstags am 03.05./10.05./17.05./24.05.2014**

**Barthonia Forum von 10.00 -14.00 Uhr**

**Lenauplatz von 11.00 - 13.00 Uhr**

**Ehrenfeldgürtel/ Ecke Venloer Straße  
10.00 - 13.00 Uhr**

**Marktstände Neptunplatz am 09.05./16.05./20.05.2014 um 10.00 Uhr**

**Wer uns an den Ständen unterstützen möchte, kann sich gerne bei Barbara oder Benedikt melden**

## **Impressum**

*V.i.S.d.P.:*  
*Sebastian Bucher*  
*c/o Magnusstr. 18b*  
*50672 Köln*  
*E-Mail:*  
*info@spd-ehrenfelder.de*

## **Kommunal-, Europa- und Integrationsratswahlen**

Plakataktionen haben wir gerade mit einem Kraftakt hinter uns gebracht und nun beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die Menschen vor Ort zu erreichen und unsere Themen und KandidatInnen publik zu machen, um mehr Stimmen für eine sozial und gerechte Politik zu erreichen.

### **Wir planen folgende Veranstaltungen:**

- **01.05.** Kundgebung ab 10.00 Uhr Hans-Böckler Platz
- **28.04. bis 30.04.** große Hausverteilung (Kandidatenflyer und Wahlaufruf)
- **08.05.** Veranstaltung mit Rolf Mützenich „Ukraine – was nun?“, 19.30 Uhr im BÜZE
- **10.05.** 18.30 Uhr vor dem BÜZE Juso-Verteilaktion zum Eurovision-Song-Contest
- **23.05.** Begehung Venloer Straße und Landmannstraße mit den KandidatInnen, ab 17.00 Uhr
- **23.05.** Lenauplatz Juso-Stand ab 18 Uhr
- **25.05.** Wahltag und ab 17.30 Wahlfete im BÜZE
- **27.05.** Wahlnachlese mit Jochen Ott: „Köln hat gewählt“, BÜZE, 20.00 Uhr

Viele kleinere Aktionen, z.B. Juso Aktionen vor Schulen, Besuch von Seniorenorganisationen, Kneipentouren usw. sind in Planung und werden auf unserer Homepage rechtzeitig angekündigt.

Es gibt viel zu tun, sicher ist für jeden der möchte etwas dabei, um seinen Beitrag zu leisten.

Wer mithelfen möchte, meldet sich einfach bei Barbara Deppner unter [koeln@bdeppner.de](mailto:koeln@bdeppner.de) (0171 1914625) oder bei Benedikt Dettling, [benedikt.dettling@web.de](mailto:benedikt.dettling@web.de) (0178 5716848).

**Helft mit und lasst uns gemeinsam für unsere Ziele kämpfen:**

**Conny Schmerbach direkt in den Rat**

**Andy Pöttgen direkt in den Rat**

**Josef Wirges soll Bezirksbürgermeister bleiben**

**Petra Bossinger und Katrin Bucher in die Bezirksvertretung**

**Mai  
Juni  
2014**



**Ehrenfeld  
SPD**

**DIE EHRENFELDER**

## Entwicklung ehemaliger Güterbahnhof Ehrenfeld Präsentation der Zwischenergebnisse

von Petra Bossinger

Spannende erste Entwürfe präsentierten vier Planungsbüros am 4. April in den Räumen von EVA. Das kooperative Gutachterverfahren dazu hat die Eigentümerin des ehemaligen Güterbahnhofs Aurelis ausgebaut. Zahlreiche interessierte Bürger\*innen kommentierten die Entwürfe recht offen, man könnte auch sagen hart, aber herzlich. Dazu bestand zuerst an den Plänen per Kärtchen und nach den Präsentationen in der Diskussion die Gelegenheit.

Der Entwurf des Teams Trint und Kreuder/Lill und Sparla überzeugte mit der mutigen Idee, Eigentumswohnungen als Lärmschutz an die Bahntrasse zu setzen. Für manch einen die Erfüllung eines Kindheitstraums: Den ganzen Tag Züge gucken können! Im Gegensatz zu den anderen Entwürfen soll bei diesem Team die alte Güterabfertigung für eine kulturelle Nutzung erhalten bleiben. Alle anderen Teams rücken mit dem Wohnen von der Bahntrasse ab und sehen hier einen Lärmschutz zum Teil mit gewerblicher Nutzung vor. Diese Teams setzen auch alle „dicke Brummer“ in die Spitze des Geländes im Osten, wie es bei Team Lorenzen/Becht hieß und überplanen dabei auch die Güterabfertigungshalle.

Doch alle Entwürfe, auch die von ASTOC/Urbane Gestalt und Molestina/FSWLA - damit sind alle vier Teams einmal namentlich genannt - hatten ihre Stärken aber auch ihre deutlichen Schwächen. Das verwundert bei einem so schwierigen Gelände nicht: Gute Durchwegung ohne Durchgangsverkehr einzuladen, spannende Freiräume, Wohnen, Arbeiten und Freizeitvergnügen verträglich miteinander mischen, Lichteinfall von Süden aber mindestens 11 Meter Lärmschutz zur Bahnstrecke und dem angrenzenden Schrottplatz ... Auch eine Entwicklung des Geländes darzustellen, die unabhängig davon funktionieren kann, ob eine Einbeziehung der Nachbargrundstücke, etwa der Rheinischen Fachhochschule oder der Firma Steland sofort, später oder gar nicht kommt, stellt eine gewaltige Herausforderung dar.

Intensiv diskutiert wurden Fragen, an welchem Standort die Zukunft von Jack in the box gesichert werden kann und ob das Urban Gardening Projekt dauerhaft auf dem Gelände bleiben kann. Natürlich waren auch wieder die Kölischen Kiwis dabei und demonstrierten für den Erhalt ihrer rund 30 Kleingärten am Maarweg. Bemerkenswert war die Einmütigkeit, mit der die Ehrenfelder\*innen für eine Durchmischung von Wohnen im Eigentum, sowie freifinanziertem und gefördertem Wohnen zur Miete eintraten. Da hatten sich die Planer ziemlich verhauen, die den geförderten Wohnungsbau komplett entlang des Maarwegs verorteten. Aus sozialdemokratischer Sicht beweist sich hier ganz konkret, wie sinnvoll die Einführung des kooperativen Baulandmodells für Köln ist: Will ein Eigentümer Baurecht haben, muss er sich verpflichten 30% geförderten Wohnungsbau zu realisieren. Das heißt das, dass Aurelis angesichts eines angespannten Wohnungsmarktes nicht mit sozialen Wohnungsbau an Stelle der Kleingärten locken kann, sondern dies unabhängig davon auf der gesamten Fläche nachweisen muss.

Am Ende der Zwischenpräsentation wurden die Büros mit vielen Anregungen in die „zweite Runde“ geschickt und wir dürfen gespannt sein, wie sich die Entwürfe in der Abschlusspräsentation darstellen werden. Die findet wieder bei EVA in der Herbrandsstraße statt und zwar Donnerstag, 15. Mai 2014 ab 18:00 – 20:00 Uhr.

Alle Informationen zum Verfahren und die Ergebnisse der Zwischenpräsentation finden sich auf der Homepage der Stadt Köln unter: [www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/ehemaliger-gueterbahnhof-ehrenfeld](http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/ehemaliger-gueterbahnhof-ehrenfeld)



## Die Pfandringe hängen!

von Andreas Pöttgen

Manchen Dingen muss man einfach machen, die Pfandringe zum Beispiel. Der Designer Paul Ketz hat in Ehrenfeld an der "ecosign"-Hochschule für Design studiert und die Ringe im Rahmen einer Projektarbeit erfunden, damit sogar einen Nachhaltigkeitspreis gewonnen. Paradoxerweise war der Wettbewerb mit einem Preisgeld der AWB bedacht, diese will die Idee aber nicht auf der Straße umsetzen - dies teilte man uns in der Bezirksvertretung mit, nachdem wir als SPD die Initiative für ein Pilotgebiet rund um die Venloer Str. / Gürtel gestartet hatten. Eine solche Entscheidung läge außerhalb unserer Zuständigkeit und die Ringe wären unwirtschaftlich.



Das wollten wir so nicht auf uns sitzen lassen und haben Spender\*innen gesucht. Nun haben wir die ersten zehn Pfandringe mithilfe von Spenden in Ehrenfeld aufgehängt. Neben dem Ortsverein hat auch unsere Landtagsabgeordnete Gabriele Hammelrath, das artheater, das Underground, die Live Music Hall, Heinz Gaul, der Club Bahnhof Ehrenfeld, die Villa Anders, ecosign und die Aroy-D Original Thai Food einen Pfandring gespendet.

Die Pfandringe vereinen unserer Meinung nach drei positive Effekte: Zum einen gibt es weniger Glasbruch, da man das Pfand bequem in den Ring stellen kann. Zudem müssen Pfandsammler\*innen nicht mehr im Müll wühlen, um an das Pfand zu gelangen. Außerdem wird der Recycling-Kreislauf gestärkt. Eine wunderbare Idee, umgesetzt auf Bestreben der SPD Ehrenfeld. **Ehrenfeld zu Liebe!**

## Deutschland und die Ukraine-Krise

von Rolf Mützenich

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ukraine und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland haben die Grundlagen der europäischen Friedensordnung untergraben. Vertrauen, Gewaltverzicht und Regeln wurden missachtet. An ihre Stelle traten Willkür, Provokationen und das Schüren von Ängsten. Ob dies ein historischer Einschnitt ist, vergleichbar dem Ende des Kalten Krieges oder den Anschlägen vom 11. September 2001, kann heute niemand ernsthaft beurteilen. Die Ukraine-Krise hat jedoch zweifelsohne das Potential für weitere Eskalationen und brandgefährlich ist diese allemal. Deshalb ist deutsches Regierungshandeln derzeit vor allem darauf ausgerichtet zu deeskalieren, die wenigen Gesprächsfäden zu stärken, Konfliktbeteiligte einzubinden und die europäischen Institutionen auf ein gemeinsames Handeln zu verpflichten. Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier arbeiten hierzu eng und vertrauensvoll zusammen. Die Regierungspartner sind sich einig in der Bewertung der Ereignisse wie in der Anwendung politischer Instrumente und Handlungen. Einigen mag das zu wenig sein, aber es schafft die Voraussetzung für die friedliche und diplomatische Bearbeitung des Konflikts. Die Vereinbarung zwischen den USA, Russland und der Ukraine sowie der EU ist nach Tagen der Eskalation ein Lichtblick. Die Verabredungen müssen in den kommenden Tagen umgesetzt und mit Hilfe internationaler Organisationen überprüft und abgesichert werden.

In den vergangenen Wochen ist der Eindruck entstanden, ein Großteil der Deutschen und der politischen Klasse billigt das Verhalten der russischen Regierung oder könne die Handlungen zumindest verstehen. Umfragen scheinen dies zu belegen und die Äußerungen einiger ehemaliger Kanzler sprechen für sich. Dabei dürfen wir nicht übersehen: Viele Bundesbürger sind zutiefst besorgt, einige haben Angst vor militärischen Zusammenstößen, wiederkehrenden Rüstungswettläufen, neuen Grenzmauern oder ganz profan vor dem Ausbleiben der Gas- und Öllieferungen aus Russland. Und wenn in den Feuilletons und Talkshows, reißerisch und gedankenlos, Vergleiche mit dem Ersten Weltkrieg gezogen werden, ist Verunsicherung die Folge. Das sollte man ernst nehmen.

## Deutschland und die Ukraine-Krise

*Fortsetzung von Seite 3*

Das heißt noch lange nicht, dass die Deutschen die Handlungen im Kreml gutheißen. Sie wissen um die Folgen und ein Großteil befürchtet, dass dies nur der Auftakt ist zu einem Jahrzehnt neuer Gebietskonflikte, zwischen Völkern und Großmächten.

Die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung weiß, dass deutsche Truppen im vergangenen Jahrhundert im Gebiet der Ukraine gemordet und das Land verwüstet haben. Aber wir wissen auch, dass Russen und Deutsche immer wieder über dieses Land bestimmen wollten. Vor diesem Hintergrund ist das Misstrauen unserer Nachbarn verständlich. Dem können wir allein durch partnerschaftliches Handeln und Solidarität begegnen.

Die Lehren, die jetzt gezogen werden müssen, liegen auf der Hand: mit kühlem Kopf müssen Spannungen abgebaut werden, zuerst in der Ukraine durch die Akteure vor Ort, aber auch von denjenigen, die sich beständig von außen einmischen. An erster Stelle Russland, aber auch westliche Regierungen einschließlich der USA. Die Ukraine ist ein souveräner Staat. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist eine Gesellschaft im Werden begriffen, die nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft und Unterdrückung ihre eigene Identität und Geschichte wiederfinden will. Es wäre gut, wenn wir dies anerkennen und respektieren würden. Die Idee, der Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union anzubieten, sollte diesen Weg begleiten und stärken. Es ging dabei eben nicht um neue Einflussgebiete, ganz im Gegenteil: die Assoziierung war als Alternative zu einem EU-Beitritt konzipiert. Der Fehler war, dies nicht ausreichend erläutert und kommuniziert zu haben. Unter diesen Bedingungen wäre sogar die Perspektive einer Zusammenarbeit zwischen der EU und Putins Eurasischer Union möglich, um diesen Wirtschaftsraum anzukoppeln und zu modernisieren. Dass der russische Präsident vor einem solchen Ausblick, der Freiheiten und Minderheitenrechte einschließt, Angst hat, liegt auf der Hand.



Dennoch: Der Kalte Krieg ist endgültig vorbei. Der Ruf nach dessen Werkzeugkasten ist daher töricht. Russland steht nicht in einer Systemkonkurrenz zum kapitalistischen Westen. Die Machthaber im Kreml bedienen sich vielmehr der Instrumente des 19. Jahrhunderts und können sich dabei auf die Parteigänger und Willfährigen in den nationalistischen Parteien Europas verlassen. Ihr zynisches Kalkül, Nationalismus und Chauvinismus als Spaltpilz in der Europäischen Union wiederzubeleben, ist eine weitere Gefahr, mit der wir uns derzeit auseinanderzusetzen haben.

Was alle diese Gruppen am meisten fürchten sind demokratische Wohlfahrtsstaaten wie sie nach dem Ersten Weltkrieg auf beiden Seiten des Atlantiks entstanden, wenn sie auch noch längst nicht abschließend verwirklicht wurden. Denjenigen, die in der Ukraine-Krise den Beweis dafür sehen, dass das Konzept der sozialdemokratischen Entspannungspolitik nun endgültig gescheitert sei, kann man nur erwidern: Durch die russische Aggression ist nicht die Entspannungspolitik desavouiert, sondern deren unveränderte Notwendigkeit bewiesen. Gerade in Zeiten neuer Spannungen brauchen wir eine neue Entspannungspolitik. Doch dazu gehören zwei.